taz.de

12.01.2010

Grüner Volmer über 30. Parteigeburtstag

"Sie haben keine klare Option mehr"

Grünen-Politiker Ludger Volmer, Exstaatsminister im Auswärtigen Amt, über den Veränderungsanspruch der ehemaligen Antiparteienpartei den drohenden Verlust des Reformprojekts der Partei.

taz: Herr Volmer, die Grünen hatten ein gutes Wahlergebnis, sie haben in Hamburg und im Saarland neue Koalitionsoptionen genutzt, sie haben eine treue Wählerschaft. Sind die Grünen dort angekommen, wo sie hinwollten?

Ludger Volmer: Ich weiß nicht, ob sie da hinwollten. Ihre Ansprüche bei der Gründung vor 30 Jahren als Antiparteienpartei waren andere. Auch zu Beginn der rot-grünen Zeit waren sie noch andere. Der Veränderungsanspruch der Grünen ist ein Stück weit auf der Strecke geblieben.

Aber es läuft doch super.

Vordergründig. Nach dem Ende von Rot-Grün stehen die Grünen jetzt vor einer völlig anderen strategischen Gefechtslage. Sie haben keine klare Option mehr und sind ratlos. Grund ist die Westausdehnung der PDS, die sich in fast allen jüngeren Landtagswahlen gezeigt hat. Das ist ein Super-GAU für die Grünen. Solch ein größter anzunehmender Unfall ist deshalb "super", weil er irreversibel ist. Meine Prognose: Diese Situation ist für die Grünen unlösbar.

Was ist denn so schlimm daran - bei solchen Wahlergebnissen?

Wenn man nur im Sinn hat, dass die Grünen als Apparat sich behaupten können, ist kein Schaden entstanden. Die Partei wandert in die Mitte und steht recht gut da. Der Schaden könnte darin liegen, dass das große Reformprojekt, das die Grünen vor 30 Jahren begründeten, verloren geht. Partei und Projekt müssen zusammenpassen, das tun sie aber nicht mehr.

Mit welcher Folge?

Die Grünen haben sich in eine sehr schwierige Situation hineinmanövriert und werden jetzt zwischen zwei Polen zerrissen: Ob sie Rot-Rot-Grün als ein Transformationsprojekt versuchen oder ob sie mit Union und FDP die Restauration anstreben. Sie bräuchten nun eine Grundsatzdiskussion: Brauchen wir gesellschaftverändernde Politik oder reichen uns ein paar modernisierende Reförmchen. Vor dieser Debatte haben die Grünen Angst. Sie würde die internen Machtverhältnisse durcheinanderbringen.

Aber die Grünen zerreißen sich ja gar nicht. Die Orientierung nach rechts lief in Hamburg wie im Saarland glatt. Klar, Jürgen Trittin ist dann mal schlecht gelaunt in den "Tagesthemen", aber sonst …

Jürgen Trittin ist meistens schlecht gelaunt, das ist sein Stilmittel. Die Regierungsbildung auf Landesebene läuft deshalb glatt, weil die Bundesebene sich zu Recht weitgehend raushält und weil der Bundesebene die Fragestellung bislang erspart bleibt. Sie wird aber noch kommen.

Wann haben die Grünen denn die falsche Kurve genommen?

Es gab mehrere Schlüsselfragen. Ich war in den 90er-Jahren zwar dafür, dass man überhaupt Koalitionen eingehen soll. Doch ich fand es falsch, Abstriche von der eigenen Programmatik zu machen, um die Verhandlungen mit der SPD zu erleichtern, und damit die Differenz zwischen dem, was man eigentlich will, und dem, was in einer Koalition herauskommt, nicht so groß erscheint. Ich fand damals, man müsse diese Spannung zwischen programmatischer

Radikalität und Pragmatismus in der Umsetzung aufrechterhalten. Durchgesetzt haben sich Mitte der 90er-Jahre jedoch diejenigen, die das Programm reduzieren und das öffentliche Profil verändern wollten. Es gibt keine besseren sozialpolitischen Programme als die der Grünen - aber propagiert wird das Bild der ökoliberalen Bürgerrechtspartei.

Durchgesetzt hat sich in der Mitte der 90er-Jahre vor allem Joschka Fischer, nicht wahr? Wir haben ein wenig den Eindruck, dass Sie sich an ihm abarbeiten …

Dann müssen Sie aber sehr selektiv gelesen haben. Ich habe keine Streitschrift verfasst, sondern ein Geschichtsbuch, in dem viele Akteure vorkommen. Joschka Fischer ist nicht die alleinige Hauptperson, als die viele ihn sehen. Den Streit, den wir beide hatten, habe ich versucht in die gesamte Grünen-Geschichte einzuordnen.

Stimmt es denn, dass Trittin die immerhin relativ entscheidende Rolle Fischers inzwischen übernommen hat?

So wie es aussieht, ist Jürgen Trittin bei weitem der einflussreichste Mensch in seiner Partei. Manche sagen, alle anderen seien nur eine Corona von Leuten, die ihm entweder zuarbeiten oder sich selbstgenügsam auf ihren gehobenen Positionen einrichten.

Als die Grünen 1983 in den Bundestag einzogen, sagte der Liberale Burkhard Hirsch: Das ist die zweite Generation aus den Villen-Vororten. Sind die Grünen vielleicht einfach bei sich selbst, also ihrem Milieu und ihrer Klientel angekommen?

Nein. In der Anfangsphase waren die Grünen auch anders. Es wimmelte damals von Sozialexperten und Gewerkschaftern bei den Grünen: Willi Hoss etwa, Heinz Brandt, Rainer Trampert, Marianne Hürten … In den ersten Bundestagsfraktionen waren fünf, sechs, sieben bedeutende Betriebsräte. Als die Grünen 1990 aus dem Bundestag flogen, haben viele von denen sich Richtung PDS verabschiedet. Beim Comeback der dann fusionierten Bündnisgrünen war das gewerkschaftlich orientierte Milieu fast ganz verschwunden. Die Grünen haben dieses Spektrum verspielt. Zu Beginn waren die Grünen eben nicht "linke Mitte" …

… **wie Renate Künast sagt …**

… sondern sie waren Mitte plus links, linke Bürger plus Arbeitervertreter. Gemeinsam wollte man den ökologisch-solidarischen Gesellschaftsvertrag versuchen, einen Interessenausgleich zwischen bürgerlichen und Arbeiterschichten. Die soziale Frage sollte gelöst werden, damit man gemeinsam eine Schwungmasse für die Ökologisierung der Wirtschaft bilden konnte. Das war die strategische Fundierung von Rot-Grün, das war keine reine Addition von Stimmen.

Im Green New Deal taucht Ihr Vertrag doch wieder auf.

Nur ist mir der ein bisschen zu sehr verflacht. Vielleicht lässt sich das aber ändern. Es reicht nicht, immer nur mit PR-Manövern im Garten der anderen Perteien wildern zu wollen. Man braucht die ganzheitliche Sicht, die Wirtschaft, Soziales und Umwelt integriert. Ein funktionierendes Detail ist die Ökosteuer: Steuern auf Sprit, um die Rentenbeiträge zu senken - die Verschränkung von ökologischer und sozialer Frage. Wer so etwas versucht, kann vielleicht Menschen wieder begeistern. Und dann muss man versuchen, gegen die konservative Hegemonialpolitik von Angela Merkel ein umfassendes Reformprojekt zu definieren - von Mitte-links her. Dafür muss man aber den Brückenschlag zu SPD und Linkspartei versuchen. Ob es klappt, weiß ich nicht. Doch ohne baldige Sondierung würde man nach einer Wahlmehrheit in die Ypsilanti-Falle rennen.

Wer sind denn die Grünen, die das jetzt schon versuchen?

Es gibt Leute in der zweiten Reihe, die "Crossover"-Diskussionen organisieren, zum Beispiel Robert Zion aus meinem Kreisverband Gelsenkirchen. Es gibt die Grüne Jugend, die, obwohl mit Pragmatismus aufgewachsen, doch noch etwas darüber hinaus sucht. Die Jugend schwankt oft zwischen Grünen und der "Linken" - ein Zeichen, dass auch etwas zusammen gehen könnte.

Unseres Wissens haben sich selbst Gelsenkirchener linke Grüne schon mit der schwarz-grünen Option für Nordrhein-Westfalen im kommenden Mai abgefunden.

Ich weiß. Gerade wir Ruhrgebietsleute haben die SPD oft als genauso schlimm erlebt, wie die CSU in Bayern sein muss. Manche sagen dann auch zynisch: Wenn wir mit der SPD nichts durchsetzen, können wir auch genauso gut mit der CDU nichts durchsetzen.

Und was sollen die Grünen jetzt machen?

Ich berate nicht die Grünen - ich berate jetzt Unternehmen über Altlastensanierung auf dem Balkan.

INTERVIEW: STEFAN REINECKE & ULRIKE WINKELMANN

---

http://www.taz.de/nc/1/politik/deutschland/artikel/1/%5Csie-haben-keine-klare-option-mehr%5C

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags

SPIEGEL ONLINE
20. Januar 2010, 18:06 Uhr

Buch vom Ex-Parteichef

Volmer rechnet mit den Grünen ab

Von Franziska Schubert

30 Jahre Grüne und aus Fehlern nicht gelernt: Das ist das Fazit eines Buchs von Ex-Chef Volmer. Die Abrechnung des früheren Staatsministers kommt bei vielen Mitgliedern nicht gut an. Die parteinahe Böll-Stiftung sagte die Präsentation ab.

Berlin - Für Ludger Volmer wäre es das "Sahnehäubchen" gewesen: Die Vorstellung seiner Grünen-Chronik am Mittwochabend in der Heinrich-Böll-Stiftung. Alles war geplant: Sigmar Gabriel hatte zugesagt, eine Einführung zu Volmers Buch über 30 Jahre Grüne zu geben. Womöglich hätten der Ex-Grünen-Chef und der SPD-Vorsitzende gar gemeinsam die rot-grüne Regierungszeit aufgearbeitet.

Doch plötzlich kann die den Grünen nahe Heinrich-Böll-Stiftung nicht mehr: Vorstandsmitglied Barbara Unmüßig sagte die Buchpräsentation ab. Von privaten Gründen ist bei ihr die Rede. Auch Vorstandskollege Ralf Fücks könne nicht einspringen, weil er leider schon einen anderen Termin habe. Jemand anderes käme nicht in Frage, heißt es. Frühestens im März könne die Veranstaltung nachgeholt werden, denn bis dahin sei die Stiftung zeitlich und räumlich komplett ausgebucht.

In seinem Buch prangert Grünen-Mitbegründer Volmer an, die Partei habe sich zu sehr der Mitte geöffnet und dabei die Sozialkritik über Bord geworfen. Bei vielen linken Themen hätten die Grünen im Gegensatz zu den Anfängen die Meinungsführerschaft eingebüßt.

Doch auch ohne die Präsentation können sich Volmer und der Bertelsmann-Verlag, bei dem das "subjektive Geschichtsbuch" erschienen ist, über zu geringe Beachtung nicht beklagen. Denn so eine Aufarbeitung der Parteigeschichte aus der Innenperspektive gab es bislang noch nicht. Obwohl etliche Grüne Volmers unbequeme Analyse kritisieren, verhält sich die Parteiprominenz auffallend still, öffentlich ihre Meinung zu äußern. Dabei tauchen fast alle Parteigrößen in dem Buch auf: von Claudia Roth und Jürgen Trittin über Ex-Außenminister Joschka Fischer und Hans-Christian Ströbele.

Abrechnung mit Erzrivale Fischer

Ein Persönliches Nachkarten sei das Buch "Die Grünen" nicht, betont jedoch Volmer: "Ich wollte die großen Entwicklungslinien der Grünen in den 30 Jahren seit der Gründung zeigen, und dahinter stehen oft bestimmte Personen." Dass er seinen Erzrivalen Fischer als jemanden beschreibt, der jeden Fehler den Gegnern aus den eigenen Reihen in die Schuhe schiebt, sei nun mal ein Fakt gewesen. "Außerdem komme ich in Fischers Memoiren viel schlechter weg." Fischer und Volmer lieferten sich unter Rot-Grün permanent Machtkämpfe. Volmer verstand es, geschickt die Partei auf seine Seite ziehen, aber nach außen brillierte meist der gewiefte Rhetoriker Fischer.

Beim Treffen in einem Berliner Café am Kurfürstendamm tritt Volmer zurückhaltend und reserviert auf - im Gegensatz zu seinem Buch, in dem er oft überheblich wirkt: In jedem Kapitel tritt Volmer aufs Neue den Beweis an, er habe politisch immer richtig gehandelt. 1985 zum Beispiel: Dank seiner Anfrage im Bundestag habe die Opposition erstmalig die ungerechte Weltwirtschaft angegriffen, schreibt er.

Viele Grüne - auch Ströbele vom linken Parteiflügel - kritisieren die Selbstdarstellung des Autors. "Ludgers Bewertung seiner eigener Verdienste unter Rot-Grün" könne er so nicht teilen, sagte Ströbele. "Mit dem Job als Staatsminister hat Fischer ihn ruhiggestellt." Als es um die Militäreinsatze im Kosovo-Krieg ging, sagt Ströbele, habe er "nicht mehr viel davon mitbekommen", dass Volmer - einstiger kritischer Kopf der Linken - ihre Positionen vertrat.

Über "diesen Quatsch" kann sich Volmer nach so vielen Jahren immer noch echauffieren. "Fischer hat mir nicht diesen Posten angeboten, sondern ich habe ihn eingefordert." Es nervt ihn, dass die von ihm so oft wiederholte Version seine Kritiker keineswegs besänftigt. Dabei sei er doch derjenige gewesen, der alles daran gesetzt habe, den Kosovo-Konflikt mit zivilen Mitteln zu lösen. Und als das nicht ging, habe er sich

nicht wie andere hinter einer pazifistischen Gesinnung versteckt, sondern der Verantwortung gestellt.

Spätestens seit dem Rücktritt von Volmer als Vorsitzender vor fünf Jahren herrscht zwischen ihm und der Parteispitze Funkstille. Verbessern wird auch das Buch das Verhältnis wohl nicht gerade. Dafür hätten ihn aber von der grünen Basis viele zustimmende Briefe und Mails erreicht, sagt Volmer.

Zu seiner aktuellen Analyse, die bei den Grünen einen Profilverlust diagnostiziert, wollen sich vor allem Realos nicht öffentlich äußern. Kein Kommentar, heißt es aus dem Büro des Grünen-Chefs Cem Özdemir. Nicht gelesen, lassen andere ausrichten. Auch Ralf Fücks von der Böll-Stiftung, der sich aus Sicht des Autors Volmer vom "Maoisten-Häuptling zum Neo-Konservativen" gewandelt hat, will nichts zum Buch sagen.

Anders die Partei-Linken: "Ich teile seine scharfe und berechtigte Analyse, dass die Grünen wieder mehr auf inhaltliche Substanz setzen müssen und weniger auf reine Taktik", sagt Robert Zion, linker Parteirebell und Vorsitzender des Kreisverbands Gelsenkirchen. "Die Gesamtdarstellung der Entwicklung Grünen hätte nicht besser sein können." "Eine verdienstvolle Sammlung von Fakten und Details", lobt auch Ströbele. "Beim Lesen habe ich oft gedacht, ja, genau so war es" - etwa wenn es darum ging, Mehrheiten bei den streitbaren Flügeln zu organisieren.

Volmer kritisiert neoliberale Marschrichtung

Doch Volmers aktuelle Kritik an der neoliberalen Marschrichtung seiner Partei kann Ströbele nicht nachvollziehen. Erhebliche Korrekturen hätten die Grünen etwa bei ihren Positionen zu Hartz IV oder den Gewerkschaften vorgenommen. "Volmer hat einige Revisionen offenbar nicht mitbekommen." Nur am Erhalt der Organisation und von Posten interessiert, wie der Autor fürchtet, seien viele von der grünen Jugend und den jüngeren Bundestagsabgeordneten nicht, beharrt Ströbele. Volmers pessimistische Bilanz, dass der Zug für grüne, linke Politik abgefahren sei, vertritt er nicht.

Bei Teilen des grünen Nachwuchses kommen Volmers Empfehlungen dafür gut an - weil sie in ihr eigenes Konzept passen: "Von dem Buch kann man viel lernen, mehr Ideen zu entwickeln", sagt Arvid Bell. Anders als Volmer kritisiert, gebe es aber bei den Grünen mittlerweile regen Austausch mit außerparlamentarischen Akteuren des Bildungsstreiks, mit Attac-Mitgliedern oder G-8-Gegnern. Obwohl Bell erst 25 Jahre alt ist, sitzt er schon im Parteirat neben Politgrößen der Grünen. "Ich habe nicht das Gefühl, dass die neue, linke Generation keine Chance bei den Grünen hat." Sollte das der Fall sein, "freue ich mich natürlich sehr", sagt Volmer.

URL:

http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,672938,00.html

FORUM:

Wo stehen die Grünen heute?
http://forum.spiegel.de/showthread.php?t=10746&goto=newpost

© SPIEGEL ONLINE 2010
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH

21.01.2010

Zion gegen Jamaika

Den Grünen in Berlin stehen derzeit alle Optionen offen. Doch das passt nicht allen. Deshalb haben linke Berliner Grünen für heute den linken Gelsenkirchener Grünen Robert Zion geladen, um sich von ihm bestätigen zu lassen, dass eine Jamaika-Koalition mit CDU und FDP ganz schlecht wäre. Beginn ist um 19.30 Uhr an der Dirschauer Straße 13 in Friedrichshain. Eintritt frei.

Das Wetter

Uhhhhh, es wird bitter kalt. Tagsüber kaum über 5 Grad minus. Nachts noch viel frostiger.

AD HOC NEWS

11.02.2010 | 07:48 Uhr

Widerstand - Widerstand an der Grünen-Basis gegen Koalition mit CDU

Bei den nordrhein-westfälischen Grünen formiert sich Widerstand gegen eine mögliche Koalition mit der CDU nach der Landtagswahl am 9. Mai. «Wir Grünen werden nicht das politische Lager wechseln. Ich denke, es gibt bei den nordrhein-westfälischen Grünen keine inhaltliche Basis für Schwarz-Grün», sagte der Gelsenkirchener Grünen-Politiker Robert Zion.

Zion hatte auf dem Grünen-Bundesparteitag von Göttingen im Herbst 2007 den Widerstand der Parteibasis organisiert und der Parteiführung in der Debatte über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr eine schwere Niederlage bereitet. Auch die Grünen-Jugend lehnt Schwarz-Grün ab.

Laut Umfragen hat die schwarz-gelbe Koalition von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) derzeit keine Mehrheit mehr. Die CDU liegt zwischen 36 und 41 Prozent und könnte gemeinsam mit den Grünen, die auf etwa 10 bis 12 Prozent hoffen können, eine neue Mehrheit im Düsseldorfer Landtag bilden. In einem Interview war Rüttgers deutlich auf Distanz zu den Steuersenkungsplänen seines bisherigen Koalitionspartners FDP gegangen. Die Grünen hatten auf ihrem Landesparteitag Anfang Februar in Essen eine schwarz-grüne Koalition nicht ausgeschlossen.

«Wir haben auf unserem Landesparteitag ein Wahlprogramm beschlossen, das einen Politikwechsel in NRW vorsieht, um das Land zukunftstauglich zu machen. Dass Medien daraus einen oberflächlichen Thriller um Schwarz-Grün machen, geht an der Sache vorbei», sagte Zion. «Wir wollen Rot-Grün, wie es in der Wahlaussage steht. Und wenn es dafür keine Mehrheit gibt, muss die Linkspartei klären, ob sie politikfähig sein will», so der Grünen-Politiker.

«Es gibt zahlreiche Knackpunkte, die zeigen, dass Schwarz-Grün inhaltlich nicht geht. Auch Personen wie Unions-Innenexperte Wolfgang Bosbach sprechen dagegen», sagte der Parteilinke Zion. «Wir Grünen werden keine längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke akzeptieren. Wir sind auch gegen CDU-Konzepte zur Vorratsdatenspeicherung und Videoüberwachung. Die CDU kürzt bei Arbeitslosenzentren, wir wollen das Gegenteil. Diese Liste ließe sich fortsetzen», fügte er hinzu.

«Bei allen Koalitionsspekulationen muss auch bedacht werden, dass die neue Grünen-Fraktion im Landtag anders aussehen wird als die alte Fraktion. Wir bekommen neue und junge Gesichter, die nicht für schwarz-grüne Taktierereien stehen», so Zion. «NRW ist auch nicht Hamburg oder das Saarland, wo die Länderparlamente erweiterte Kommunalgremien sind. Am 9. Mai geht es um einen Wechsel der Politik im größten Bundesland und um die Mehrheit im Bundesrat.»

Auch die Vorsitzende der Grünen-Jugendorganisation in NRW, Verena Schäffer, sprach sich gegen ein Bündnis mit den Christdemokraten aus. «Ich kann mir eine schwarz-grüne Koalition nur sehr schwer vorstellen. Viele an der Grünen-Parteibasis wollen nicht mit der CDU regieren», sagte Schäffer.

«Es gibt aus meiner Sicht kulturelle Unterschiede zwischen den Grünen und Ministerpräsident Rüttgers. Rüttgers hat im letzten Jahr mit seinen Rumänen-Äußerungen wiederholt ganz gezielt rassistisch Stimmung gemacht, um Wähler am rechten Rand zu gewinnen», so Schäffer. Ihr Ziel sei Rot-Grün, um Studiengebühren abzuschaffen und Gemeinschaftsschulen zu starten. «Auch Rot-Grün-Rot können wir uns vorstellen», sagte die Landeschefin der Nachwuchs-Grünen.

Die NRW-Grünen hatten das bevölkerungsreichste Bundesland zwischen 1995 und 2005 gemeinsam mit der SPD regiert. In zahlreichen Kommunen gibt es aber auch Bündnisse mit der CDU.

Düsseldorf (ddp-nrw)

Rheinischer MERKUR

http://www.rheinischer-merkur.de/index.php?id=40121

Datum: 11.02.2010

NRW-GRÜNE

Möglichst mehr Macht

In ihrer Wahlaussage halten sie sich auch eine schwarz-grüne Koalition offen.

VON MARKUS FELS

Der Turm aus grünen Kartons wächst in Rekordzeit in die Höhe. Jeder Quader auf der Bühne des Essener Messezentrums steht für ein abgehaktes Kapitel des Wahlprogramms. Als mit der Präambel der Grundstein gelegt wird, ist es früher Nachmittag. Die letzte Lücke schließt sich am Samstagabend. Den ursprünglich eingeplanten Sonntag brauchen die Grünen nicht mehr. Keine Protestaktionen. Keine Lager-Scharmützel. So glatt wie diese Landesdelegiertenkonferenz gehen eigentlich nur FDP-Parteitage über die Bühne.

„Wir Grüne können es rocken am 9. Mai", ruft Landeschef Arndt Klocke den 280 Delegierten zu, denn in den aktuellen Umfragen hat die schwarz-gelbe Landesregierung keine Mehrheit mehr. Die Grünen liegen in Nordrhein-Westfalen zwischen elf und zwölf Prozent – als drittstärkste Kraft vor der FDP – und wollen nach der Landtagswahl Königsmacher sein. Grünen-Vorständler Sven Lehmann träumt am Rednerpult schon von einem perfekten Wahlergebnis: Union und FDP ohne Mehrheit, die Linke unter fünf Prozent – die Grünen können sich aussuchen, ob sie mit CDU oder SPD regieren wollen. „Dann werden wir die Politik der nächsten fünf Jahre bestimmen", schwärmt er.

Möglichen Stolperfallen auf dem Rückweg zur Macht sind die Grünen geschickt ausgewichen. Ausgeschlossen haben sie nur eine Jamaika-Koalition – nach den Worten Klockes eine „politische No-go-Area" – und eine von der Linken tolerierte Regierung aus SPD und Grünen. Für alles andere sind sie offen. Wunschpartner bleibt zwar die SPD, aber auch ein schwarz-grünes Bündnis und eine Linkskoalition sind denkbar. Ihr Wahlkampfslogan passt dazu: „Macht mehr möglich".

Rechnerisch ist eine schwarz-grüne Koalition derzeit die wahrscheinlichste Variante; nach der jüngsten Umfrage des Instituts Forsa käme sie auf 52 Prozent. Sicher nicht zufällig haben zwei Christdemokraten am Wochenende in Interviews Botschaften Richtung Grüne ausgesandt. Jürgen Rüttgers ist der eine. Der NRW-Ministerpräsident kündigt sein Veto im Bundesrat gegen weitere Steuersenkungen an. Der andere ist Norbert Röttgen. Seiner Partei schreibt der Bundesumweltminister ins Stammbuch, sie solle sich gut überlegen, „ob sie gerade die Kernenergie zu einem Alleinstellungsmerkmal machen will". Das Signal an die Ökopartei ist klar: Schwarz-Grün soll zur Go-Area werden.

Gleichwohl setzen die Grünen an Rhein und Ruhr auf einen Kurs der Eigenständigkeit. Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann greift das Festhalten der Landesregierung am dreigliedrigen Schulsystem an. „Das ist Jürgen Rüttgers' größte Lebenslüge", kritisiert die Fraktionschefin, die gern Schulministerin werden will. „Solange sie da nicht dran arbeiten, wird das nichts", sagt sie an die Adresse der CDU. Zugleich warnt Löhrmann davor, Rot-Grün zu überhöhen. Ein Projekt sei das nicht. Fraktionsvize Reiner Priggen stößt ins gleiche Horn. „Wir müssen vor keiner Koalition mehr Angst haben", sagt er nach seinen negativen Erfahrungen während der rot-grünen Koalition.

Nur eine Delegierte tritt ans Rednerpult und spricht aus, was besonders Parteilinke denken. Beim Gedanken an Schwarz-Grün schaudere es sie, vor allem, wenn sie nach Hamburg blicke. Der Einwand ist nicht ganz unberechtigt. Denn nach dem gescheiterten Stopp für das Kohlekraftwerk Moorburg steht in der Hansestadt auch das letzte verbliebene Reformprojekt des schwarz-grünen Senats auf der Kippe: die Einführung der neuen Primarschule, die alle Kinder bis zur sechsten Klasse gemeinsam besuchen sollen. Die Initiative „Wir wollen lernen" will die Schulreform notfalls per Volksentscheid stoppen. Ob es dazu kommt oder sich die Koalition und die Bürgerinitiative auf einen Kompromiss verständigen können, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Auch in einem möglichen schwarz-grünen Bündnis in NRW wäre die Schulpolitik einer der größten Knackpunkte. „Hamburg zeigt, dass man Reformen mit den Christdemokraten anstoßen kann, aber die nehmen ihre Wähler nicht mit", sagt der Gelsenkirchener Grüne Robert Zion. „In NRW müsste die CDU Politik gegen ihre eigene Parteibasis machen." Für Ole von Beust war es schwer genug, die Hamburger Christdemokraten für die Schulreform zu gewinnen. In NRW sind die Hindernisse aus Sicht der Grünen deutlich größer. Das Problem seien hier die konservativen CDU-Kreisverbände auf dem Land, heißt es auf den Fluren des Essener Kongresszentrums.

An der CDU-Spitze sieht es nicht besser aus. Sylvia Löhrmann fällt auf Nachfrage niemand aus den Unionsreihen ein, der offen für ihre bildungspolitischen Reformpläne wäre. „Auf Landesebene gibt es bei der CDU eine Blockade, da der Ministerpräsident längeres gemeinsames Lernen als Einheitsschule diffamiert." Zugleich betont sie jedoch, dass die Pläne der NRW-Grünen nicht mit dem Modell in der Hansestadt vergleichbar seien. „Der Hamburger Ansatz ist nicht übertragbar auf ein großes Flächenland. Die Grünen in NRW stehen für einen Weg, der auf größtmöglichen regionalen Konsens setzt."

Löhrmann will einen Prozess anstoßen, bei dem sich Schulen auf freiwilliger Basis für längeres gemeinsames Lernen entscheiden, und betont, dass die Grünen dem Land keine Einheitslösung verordnen wollen. Sie spricht von einer „Ermöglichungsstrategie" – ein sperriges Wort. Man kann es auch auf eine mögliche schwarz-grüne Koalition beziehen. Oder auf den Wahlslogan der NRW-Grünen. Rückwärts gelesen fehlen ihm nur zwei Buchstaben, dann wird aus „Macht mehr möglich": Möglichst mehr Macht.

© Rheinischer Merkur Nr. 6, 11.02.2010

Artikel kommentieren

RP ONLINE DRUCKVERSION

erstellt am: 11.02.2010
URL: www.rp-online.de/politik/deutschland/Gruene-wehren-sich-gegen-Umarmungen_aid_818656.html

Spekulationen über Schwarz-Grün in NRW

Grüne wehren sich gegen Umarmungen

zuletzt aktualisiert: 11.02.2010 - 09:01

Düsseldorf (RPO). **Bei den nordrhein-westfälischen Grünen formiert sich Widerstand gegen eine mögliche Koalition mit der CDU nach der Landtagswahl am 9. Mai. "Wir Grünen werden nicht das politische Lager wechseln. Ich denke, es gibt bei den nordrhein-westfälischen Grünen keine inhaltliche Basis für Schwarz-Grün", sagte der Gelsenkirchener Grünen-Politiker Robert Zion.**

Zion hatte auf dem Grünen-Bundesparteitag von Göttingen im Herbst 2007 den Widerstand der Parteibasis organisiert und der Parteiführung in der Debatte über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr eine schwere Niederlage bereitet. Auch die Grünen-Jugend lehnt Schwarz-Grün ab.

Laut Umfragen hat die schwarz-gelbe Koalition von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) derzeit keine Mehrheit mehr. Die CDU liegt zwischen 36 und 41 Prozent und könnte gemeinsam mit den Grünen, die auf etwa 10 bis 12 Prozent hoffen können, eine neue Mehrheit im Düsseldorfer Landtag bilden. In einem Interview war Rüttgers deutlich auf Distanz zu den Steuersenkungsplänen seines bisherigen Koalitionspartners FDP gegangen. Die Grünen hatten auf ihrem Landesparteitag Anfang Februar in Essen eine schwarz-grüne Koalition nicht ausgeschlossen.

"Wir haben auf unserem Landesparteitag ein Wahlprogramm beschlossen, das einen Politikwechsel in NRW vorsieht, um das Land zukunftstauglich zu machen. Dass Medien daraus einen oberflächlichen Thriller um Schwarz-Grün machen, geht an der Sache vorbei", sagte Zion. "Wir wollen Rot-Grün, wie es in der Wahlaussage steht. Und wenn es dafür keine Mehrheit gibt, muss die Linkspartei klären, ob sie politikfähig sein will", so der Grünen-Politiker.

"Es gibt zahlreiche Knackpunkte, die zeigen, dass Schwarz-Grün inhaltlich nicht geht. Auch Personen wie Unions-Innenexperte Wolfgang Bosbach sprechen dagegen", sagte der Parteilinke Zion. "Wir Grünen werden keine längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke akzeptieren. Wir sind auch gegen CDU-Konzepte zur Vorratsdatenspeicherung und Videoüberwachung. Die CDU kürzt bei Arbeitslosenzentren, wir wollen das Gegenteil. Diese Liste ließe sich fortsetzen", fügte er hinzu.

"Bei allen Koalitionsspekulationen muss auch bedacht werden, dass die neue Grünen-Fraktion im Landtag anders aussehen wird als die alte Fraktion. Wir bekommen neue und junge Gesichter, die nicht für schwarz-grüne Taktiererereien stehen", so Zion. "NRW ist auch nicht Hamburg oder das Saarland, wo die Länderparlamente erweiterte Kommunalgremien sind. Am 9. Mai geht es um einen Wechsel der Politik im größten Bundesland und um die Mehrheit im Bundesrat."

Auch die Vorsitzende der Grünen-Jugendorganisation in NRW, Verena Schäffer, sprach sich gegen ein Bündnis mit den Christdemokraten aus. "Ich kann mir eine schwarz-grüne Koalition nur sehr schwer vorstellen.

Viele an der Grünen-Parteibasis wollen nicht mit der CDU regieren", sagte Schäffer.

"Es gibt aus meiner Sicht kulturelle Unterschiede zwischen den Grünen und Ministerpräsident Rüttgers. Rüttgers hat im letzten Jahr mit seinen Rumänen-Äußerungen wiederholt ganz gezielt rassistisch Stimmung gemacht, um Wähler am rechten Rand zu gewinnen", so Schäffer. Ihr Ziel sei Rot-Grün, um Studiengebühren abzuschaffen und Gemeinschaftsschulen zu starten. "Auch Rot-Grün-Rot können wir uns vorstellen", sagte die Landeschefin der Nachwuchs-Grünen.

Die NRW-Grünen hatten das bevölkerungsreichste Bundesland zwischen 1995 und 2005 gemeinsam mit der SPD regiert. In zahlreichen Kommunen gibt es aber auch Bündnisse mit der CDU.

© RP Online GmbH 1995 - 2010
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken

Donnerstag, 11.02.2010

URL: http://www.wdr.de/themen/kurzmeldungen/2010/02/11/gruene_lehnen_buendnis_mit_ruettgers_ab.jhtml

Grünen-Basis ist gegen Koalition mit CDU

Bei den NRW-Grünen formiert sich Widerstand gegen eine Koalition mit der CDU nach der Landtagswahl am 9. Mai. "Wir Grünen werden nicht das politische Lager wechseln", sagte der Gelsenkirchener Grünen-Politiker Robert Zion. Die Grünen-Jugend lehnt Schwarz-Grün ebenfalls ab.

Auch Familienminister Laschet (CDU) steht einem schwarz-grünen Bündnis skeptisch gegenüber. "Wir haben mit der FDP erfolgreich zusammengearbeitet, deshalb ist sie unser erster Ansprechpartner, wenn wir am 9. Mai einen neuen Wählerauftrag bekommen", sagte Laschet.

Stand: 11.02.2010, 08:10 Uhr

Mehr zum Thema

WDR: "Die CDU muss sich entscheiden" [http://www.wdr.de/themen/politik/parteien/gruene_landesparteitag/februar_2010/100207_interview_loehrmann.jhtml?rubrikenstyle=politik] Grünen-Spitzenkandidatin Löhrmann im WDR.de-Interview (07.02.10)

Fotos: Parteitag der Grünen: Stimmen der Basis (06.02.10) [http://www.wdr.de/Fotostrecken/wdrde/Politik/2010/02/landesparteitag_gruene/landesparteitag_gruene.jsp?hi=Politik]

WDR: Schwarz-Grün nicht ausgeschlossen (07.02.10) [http://www.wdr.de/themen/politik/parteien/gruene_landesparteitag/februar_2010/100206.jhtml?rubrikenstyle=politik&rubrikenstyle=politik]

WDR: Audios und Videos zum Thema [Mediathek] [http://www.wdr.de/mediathek/html/regional/suche/index.xml?anzahlTreffer=89&offset=0&suche_submit=Suche+starten&wsSucheAusgabe=liste&wsSucheSuchart=volltext&wsSucheBegriff=Gr%FCne&wsSucheMedium=av&rankingvisible=newest]

© WDR 2010

DERWESTEN

19.02.2010

http://www.derwesten.de/wp/politik/Schwarz-gruene-Aengste-vor-den-Stammwaehlern-id2617130.html

Landtagswahl : Schwarz-grüne Ängste vor den Stammwählern

Politik, 19.02.2010, Wilfried Goebels

Parteistrategen bei CDU und Grünen aber treibt die Sorge um, mit den Spekulationen ihre Stammwähler zu verschrecken. `Ich strebe eine Koalition mit der FDP an", betont deshalb Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) fast täglich seine Koalitionstreue.

Wenn es für eine Mehrheit mit der FDP reicht, steht die Koalition mit den Liberalen. Andernfalls aber hält sich der Taktiker die grüne Option offen. Rüttgers wartet ab - und lässt die Debatte über Schwarz-Grün einfach laufen. Derzeit dümpelt die NRW-FDP bei sechs Prozent, die Grünen liegen bei elf Prozent. Da reifen schwarz-grüne Blütenträume.

Wolke 7

Die im Umfragehoch auf Wolke 7 schwebenden NRW-Grünen kokettieren längst mit einem schwarz-grünen Bündnis. `Der Machtinstinkt der Grünen ist groß", freut sich die grüne Fraktionschefin im Bundestag, Renate Künast, über die neuen taktischen Perspektiven. NRW-Chefstratege Reiner Priggen wird deutlich: `Wer Clement und Steinbrück überlebt hat, der fürchtet sich nicht vor Jürgen Rüttgers und der CDU."

Heute gibt es in NRW elf Kommunen mit schwarz-grünen Koalitionen - das Modell wächst von unten. Dabei stellt Schwarz-Grün die Stammwähler beider Parteien vor große Belastungsproben. Schulpolitik, Kohlekraftwerke, Atomkurs, Drogen- und Sicherheitspolitik - die linke grüne Basis in den Großstädten und die konservativen CDU-Kreisverbände auf dem Land sind kaum unter einen Nenner zu bringen.

Keine Basis für Schwarz-Grün

"In NRW müsste die CDU Politik gegen ihre eigene Parteibasis machen", glaubt der linke Gelsenkirchener Grüne Robert Zion. `Ich denke, es gibt bei den NRW-Grünen keine inhaltliche Basis für Schwarz-Grün." Auch Grünen-Kandidatin Sylvia Löhrmann sieht Stolperfallen. Nur wenn Rüttgers mit seinen `Lebenslügen" in der Schul- und Energiepolitik aufräume, könne es ein Bündnis geben. Die CDU denkt aber nicht daran, den Bau neuer Kohlekraftwerke zu stoppen.

Nicht nur den ostwestfälischen CDU-Bezirkschef Elmar Brok plagen denn auch böse Bauchschmerzen beim Gedanken an einen Partnerwechsel in Düsseldorf. Auch CDU-Generalsekretär Hendrik Wüst warnt vor dem `wirtschaftsfeindlichen" Programm, mit dem die Grünen Mehrheitsbeschaffer für SPD und die `Chaos-Truppe" der Linkspartei werden könnten.

Sorge wächst

Andere - wie Kanzlerin Angela Merkel - denken pragmatischer. Ohne Schwarz-Gelb in Düsseldorf wäre die Bundesratsmehrheit von Union und FDP verloren: Das Regieren würde erheblich schwieriger. Dennoch wächst in der FDP die Sorge, Rüttgers steuere in NRW auf eine schwarz-grüne Koalition zu. Es sei für Rüttgers sicher verlockend, als schwarz-grüner Pionier Furore zu machen, heißt es hinter vorgehaltener Hand.

Selbst Familienminister Armin Laschet (CDU), als Vertreter der `Pizza-Connection" ein Wegbereiter für Schwarz-Grün auf lokaler Ebene, aber stellt die FDP als ersten Ansprechpartner

nicht in Frage. Die Grünen müssten sich in vielen Bereichen bewegen, `bevor die CDU mit ihnen regieren könnte", warnt Laschet.

Griff nach der Macht

Laut jüngster Umfragen würden 72 Prozent der Grünen-Anhänger ein Bündnis mit der CDU inzwischen begrüßen. Bei den Unions-Anhängern sind es mit 42 Prozent deutlich weniger. Kein Wunder, dass NRW-Grüne wie Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann den Griff nach der Macht kaum erwarten können.

In der Union trüben Politiker wie Bezirkschef Eckhard Uhlenberg die grünen Träume. `Ich setze ganz klar auf eine Fortsetzung der Partnerschaft mit der FDP." Zur Wahrheit gehört aber: Auch wenn es kaum Gemeinsamkeiten in NRW gibt - ganz ausschließen kann Uhlenberg ein schwarz-grünes Bündnis am 9.Mai nicht mehr.

taz.de

18.03.2010

NRW-GRÜNE STREITEN ÜBER KOALITIONEN

Priggens Gang nach Canossa

NRW-Fraktionsvize Reiner Priggen erteilte Rot-Rot-Grün öffentlich eine Absage - und muss widerrufen. Denn die linke Grünen-Basis ist über den "Ausverkauf grüner Inhalte" empört. VON ANDREAS WYPUTTA

Bei den Grünen in Nordrhein-Westfalen eskaliert der Streit um mögliche Regierungsbündnisse nach der Landtagswahl im Mai. Jetzt hat der linke Parteiflügel den Wortführer der Realo-Fraktion im Düsseldorfer Landtag, Reiner Priggen, gezwungen, sich zumindest formell zur Möglichkeit einer Koalition mit SPD und Linkspartei zu bekennen. Dabei hatte der Fraktionsvize zu Beginn der Woche vor Journalisten ein rot-rot-grünes Bündnis faktisch ausgeschlossen - und damit erstmals offiziell als Zitat freigegeben, was führende Vertreter der grünen Landtagsfraktion schon seit Monaten hinter vorgehaltener Hand sagen: Eine mit der Linkspartei getragene NRW-Landesregierung sei undenkbar. "Mit denen kann man nicht regieren", sagte Priggen. "Und die können es auch nicht." Sollte es für die schwarz-gelbe Regierungskoalition des amtierenden CDU-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers nicht mehr reichen, bliebe nur ein schwarz-grünes Bündnis oder eine große Koalition, räsonnierte der Realo. Gleichzeitig forderte Priggen die SPD auf, der Linken Stimmen abzujagen und sie so aus dem Landtag herauszuhalten - denn in einem Fünf-Parteien-Parlament habe Rot-Grün allein keine Chance auf eine tragfähige Mehrheit.

Doch nun musste Priggen widerrufen. "Wir schließen eine Koalition mit der Linken nicht aus", heißt es jetzt in einer Erklärung, die Priggen gemeinsam mit der zum linken Parteiflügel zählenden grünen Landeschefin Daniela Schneckenburger verfasst hat. Zwar sei ein Zweierbündnis mit der SPD die erste Wahl der Grünen, doch könne die Frage, ob die Linke in NRW "regierungsfähig und regierungswillig" sei, durchaus in Koalitionsverhandlungen geklärt werden.

Priggens Widerruf war ein Aufschrei der linken Parteibasis vorausgegangen. Besonders die Ankündigung des Fraktionsvizes, bei möglichen Sondierungen mit der CDU keine Maximalforderungen erheben zu wollen, hatte für Aufregung gesorgt.

Erste grüne Kreisverbandsvorsitzende drohen bereits mit Parteiaustritt, vom "Ausverkauf grüner Inhalte" sprechen Parteilinke wie der Gelsenkirchener Robert Zion. "Wenn die Fraktionsführung will, dass die Grünen konservativ werden, muss sie das auf einem Parteitag beantragen und nicht durch die Hintertür durchsetzen", so Zion zur *taz*. Zu

möglichen Bündnissen habe der Essener Landesparteitag "klare Beschlüsse" gefasst - ausgeschlossen ist danach nur eine Jamaika-Koalition mit CDU und FDP.

http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/priggens-gang-nach-canossa/

Grüne Basis setzt Hürden für Bündnis mit CDU

VON GERHARD VOOGT - zuletzt aktualisiert: 30.03.2010 - 02:30

Kommunalpolitiker und Landtagskandidaten der Grünen haben den Vorstand der Partei dazu aufgefordert, vor der Landtagswahl "zentrale inhaltliche Eckpunkte für künftige Koalitionen" vorzuschreiben. In dem Entwurf eines "Regierungsprogramms für ein solidarisches und ökologisches Nordrhein-Westfalen" wird die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems gefordert: "Wir werden das gegliederte Schulsystem überwinden, indem wir ‚Eine Schule für Alle' schaffen", heißt es in dem Schreiben. Als weitere Koalitionshürden werden die Ablehnung neuer Kohlekraftwerke sowie die Einführung eines landesweiten Nachtflugverbots genannt.

Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem die Parteilinken Robert Zion (Gelsenkirchen), Andrea Asch (Köln), Jürgen Klippert (Hagen) und Verena Schäffer (Grüne Jugend). In Parteikreisen wird das Eckpunkte-Papier, das beim "Kleinen Landesparteitag" am 2. Mai diskutiert werden soll, als Versuch gewertet, eine Koalition mit der CDU zu verhindern. Reiner Priggen, Fraktionsvize der Grünen, hatte kürzlich erklärt, es gebe keine Maximalforderungen in möglichen Koalitionsverhandlungen, und damit den Unmut der Linken auf sich gezogen. Zion warnte vor einem "Ausverkauf grüner Inhalte".

Der Parteivorstand der Grünen äußerte sich gestern in einem Brief an alle Mitglieder skeptisch über die Chancen von Schwarz-Grün. Es sei falsch, wenn der Eindruck erweckt werde, "als sei eine schwarz-grüne Zusammenarbeit in NRW quasi eine Formsache". Ohne die Bereitschaft der CDU, sich "in ihren Grundpositionen" auf die Grünen zuzubewegen", wären Gespräche zum Scheitern verurteilt. Die CDU halte bislang "borniert" am mehrgliedrigen Schulsystem fest. Auch die Positionen in der Klima- und Energiepolitik lägen weit auseinander.

Quelle: Rheinische Post

http://nachrichten.rp-online.de/article/politik/Gruene-Basis-setzt-Huerden-fuer-Buendnis-mit-CDU/72613

NRW-Wahl

Bildung ist das wichtigste Wahlkampf-Thema

VON ANNIKA JOERES

Düsseldorf. Die größten Zielscheiben im NRW-Wahlkampf sind die Schulen: In den kommenden fünf Wochen werden sich die NRW-Parteien auf dem Pausenhof positionieren. Sie wollen Stimmung machen vor der Landtagswahl am 9. Mai. "Diese Schule wird geschlossen, wenn rot-rot regiert", prangt auf den blutrot eingefärbten Plakaten der CDU. Die von SPD, Grünen und Linken geplante "Einheitsschule" bringe zehn Jahre Chaos. "Diese Aktion ist überaus erfolgreich und erfährt viel Resonanz", sagt Matthias Heidmeier, Sprecher der CDU NRW.

Das ist verständlich - schließlich sind Eltern und Lehrer aufgebracht, wenn sie vom angeblichen Ende ihrer unfreiwillig in den Kampf um die Düsseldorfer Macht hineingezogenen Schule hören. Natürlich will keine mögliche Düsseldorfer Koalition Schulen schließen. Aber jetzt beginnt die heiße Phase im NRW-Wahlkampf und nun soll die Bildung die Diskussion beherrschen. Bislang geht es im nordrhein-westfälischen Wahlkampf nur um mögliche Koalitionen.

Schockwelle bis Berlin

Tatsächlich bestimmte die Debatte um ein mögliches schwarz-grünes Bündnis den bisherigen Wahlkampf. Schließlich ist der Ausgang völlig offen: Weder die regierende schwarz-gelbe Koalition noch eine rot-grüne Koalition hätten an Rhein und Ruhr zurzeit eine Mehrheit. Klar ist nur: Die kommende Düsseldorfer Regierung wird die Berliner Politik über die neuen Mehrheiten im Bundesrat durcheinanderwürfeln. Düsseldorf wird sich wie eine Schockwelle durch die Republik ziehen.

Robert Zion kann das K-Wort nicht mehr hören. "Jetzt wollen wir über Inhalte reden", sagt der Gelsenkirchener Grüne. Seitdem er 2007 mit einer fulminanten Rede auf einem Bundesparteitag seine Partei überraschend gegen den Afghanistan-Krieg aufbrachte, gilt der Parteilinke als Stimme der Basis. Und die hat von den täglich neuen politischen Farbenspielen an Rhein und Ruhr genug. Längst haben alle Parteien eine Sofort-Programm für de Zeit nach einem Sieg in der Tasche. "Wir wollen die Studiengebühren von 500 Euro pro Semester wieder abschaffen", sagt Zion.

Der Ton wird rauer

Außerdem sollen die Schüler bis zum Ende der zehnten Klasse gemeinsam lernen. "In der Bildung gibt es unüberbrückbare Unterschiede zwischen CDU und Grünen. Das Gerede über Schwarz-Grün ist eine reine Kopfgeburt von Parteistrategen", sagt Zion.

Wenn die ruhige Osterzeit vorüber ist, werden die Bundeschefs aller Parteien durch NRW reisen. Gregor Gysi spricht auf dem Dortmunder Marktplatz, Sigmar Gabriel und Angela Merkel geben sich mit Guido Westerwelle die Klinke in die Hand. Und der Ton wird rauer. Seit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) wegen der Sponsoring-Affäre Sympathiepunkte verlor, kann er sich keinen Wahlkampf mehr auf leisen Sohlen leisten.

Wie der Grüne Zion will auch die CDU über das Thema Bildung Wählerinnen und Wähler gewinnen. Als eine der wenigen Unions-Landesverbände hält der nordrhein-westfälische starr am

viergliedrigen Schulsystem fest, nur in Ausnahmefällen hat das konservative Schulministerium bislang sogenannte Verbundschulen zugelassen. Die frühe Einsortierung von Grundschülern soll auch in einer potenziellen nächsten Legislaturperiode bestehen bleiben. Alle anderen Parteien, auch die mitregierenden Liberalen, wollen dagegen neue Verbundschulen zulassen. Möglicherweise werden sich viele Wahlkämpfer in den kommenden Wochen auf dem Pausenhof treffen.

Copyright © FR-online.de 2010
Erscheinungsdatum 07.04.2010 | Ausgabe: d

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2515385&em_loc=1231

09.04.2010

KOALITIONEN IN NRW

Das Lager-Denken endet am Wahltag

Zum Wahlkampfauftakt in NRW beschwören alle Parteien das alte Lagerdenken. Dabei arbeiten Christdemokraten und Grüne längst an Schwarz-Grün. VON ANDREAS WYPUTTA

Landeschef mit Posen: Jürgen Rüttgers. Foto: dpa

BOCHUM taz | Triumphal war schon der Wahlkampfauftakt. "We are the Champions" dröhnte es 2005, als Jürgen Rüttgers in die Arena Oberhausen einzog. Hier kommt der CDU-Spitzenkandidat, der die SPD nach 39 Jahren von der Macht verdrängen wird - das war die Botschaft des mit Lichteffekten durchchoreographierten Events.

Fünf Jahre ist das her - und Rüttgers, mittlerweile NRW-Ministerpräsident, wird alle Mühe haben, die Oberhausener Arena auch heute voll zu bekommen. Statt 8.000 könnten nach der Sponsoring-Affäre um verkaufte Gespräche nur 4.000 CDU-Mitglieder kommen, fürchtet die Parteizentrale - und hat die Halle auch für nicht-parteigebundene BürgerInnen freigegeben.

Auch auf Angela Merkel wird Rüttgers verzichten müssen. Die Abwesenheit der Kanzlerin der schwarz-gelben Koalition im Bund symbolisiert das Ende von Rüttgers' Bündnis mit der FDP: In keiner der bisherigen Umfragen hatten Christdemokraten und Liberale in NRW eine Mehrheit. Zwar konnte sich die CDU mit aktuell 38 Prozent leicht erholen, doch die FDP dümpelt bei acht Prozent. Rechnerisch denkbar ist damit noch immer nur Rot-Rot-Grün, eine große Koalition oder Schwarz-Grün.

Dennoch führen alle Parteien einen trotzigen Lagerwahlkampf. Beinahe verzweifelt warnt FDP-Landeschef Andreas Pinkwart vor einem "Schulkrieg", der einer schwarz-grünen Regierung drohe. "Unser Wunschpartner ist und bleibt die FDP", versichert CDU-Landesvize Eckhard Uhlenberg - und begründet das als Umweltminister mit dem grünen Wunsch nach weniger Kohleverstromung. Und CDU-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann sagt: "Schwarz-Grün ist für mich eine grausame Vorstellung - fast schon Fegefeuer."

Auf die alten Lager setzen auch SPD und Grüne. Ihre Spitzenkandidatinnen Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann wollen bei einem gemeinsamen Auftritt mit den Bundesvorsitzenden ihrer Parteien in Berlin "Regierungswillen" demonstrieren. Die SPD demonstriert den Schulterschluss mit den Gewerkschaften, hat zwei Tage vor ihrem Wahlkampfauftakt in der Düsseldorfer Philipshalle den nordrhein-westfälischen DGB-Chef Guntram Schneider als Arbeitsminister eines Schattenkabinetts Kraft nominiert. Und Robert Zion, Vertreter der linken Basis der Grünen, verspricht: "Wir wechseln nicht das Lager."

Sicher aber ist das nicht. Wie SPD-Spitzenkandidatin Kraft hält die grüne Fraktionsführung um Löhrmann die Linke für nicht regierungsfähig - und schwärmt schon seit Monaten von Schwarz-Grün. Rüttgers seinerseits malt das Bild eines Bündnisses mit "Kommunisten und Radikalen", das die SPD plane. Die Grünen aber schont er auffällig. Selbst die dem linken Flügel angehörende grüne Parteichefin Daniela Schneckenburger warnt deshalb bereits: "Wer die Linke wählt, wählt Rüttgers."

http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/das-lager-denken-endet-am-wahltag/

SPIEGEL ONLINE
10. Mai 2010, 17:25 Uhr

Macht-Optionen in NRW

SPD macht sich locker für den Linksschwenk

Von Florian Gathmann, Veit Medick und Philipp Wittrock

NRW hat gewählt, und wie: Vieles spricht für ein Bündnis von SPD, Grünen und Linkspartei, doch die Sozialdemokraten wollen ein neues Hessen-Debakel unbedingt vermeiden. Oder kommt die Große Koalition? SPIEGEL ONLINE analysiert, was geht und was nicht.

Berlin/Düsseldorf - Der Parteichef ist immer noch im Euphorie-Modus an diesem Montag - aber der Blick auf die Frau neben Sigmar Gabriel vermittelt eine Ahnung der wahren sozialdemokratischen Gefühlslage nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen: Hannelore Kraft, die SPD-Spitzenkandidatin und Sieg-Verliererin des Wahlkrimis, kann sich nicht mehr als ein süß-saures Lächeln entlocken, als sie mit Gabriel vor die Mikrofone im Willy-Brandt-Haus tritt. "Top 1 war Jubel", berichtet der Parteichef aus den gerade beendeten Spitzengremien, "Top 2 Glückwünsche".

Das Lächeln von Kraft wird noch ein bisschen dünner.

Lange sahen Kraft und die SPD am Vorabend wie die Gewinner der Landtagswahl aus, mitten in der Nacht dann die böse Wendung: Die CDU von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers lag am Ende mit gut 6000 Stimmen vor den Sozialdemokraten. "Wir sind in Düsseldorf eingeschlafen und in Wiesbaden aufgewacht", sagt Thorsten Schäfer-Gümbel einem TV-Team im Willy-Brandt-Haus. Hessens SPD-Chef kann sich noch gut dran erinnern, wie seine Vorgängerin Andrea Ypsilanti im Januar 2008 einen Abend lang wie die baldige Ministerpräsidentin Wahlsieger aussah - und dann noch von der CDU überholt wurde.

Der Name Ypsilanti ist auch aus einem anderen Grund plötzlich wieder in aller Munde: Denn NRW-Spitzenfrau Kraft kann nach Lage der Dinge nur dann Ministerpräsidentin werden, wenn sie außer den Grünen auch die Linken mit ins Boot holt. Sich tolerieren lassen, wie Ypsilanti es in Hessen versuchte, das will Kraft allerdings nicht. Also eine richtige Koalition?

Nach der Sitzung des SPD-Landesvorstands am Montagabend in Düsseldorf kündigte Kraft "erste Sondierungen" mit den Grünen an. Danach werde man zusammen das Gespräch mit der FDP suchen. Es seien jedoch Verhandlungen mit allen Fraktionen des Landtags geplant. Die SPD werde inhaltliche Schwerpunkte für die Gespräche festlegen und eine Sondierungskommission ins Leben rufen, so Kraft.

Klar ist: Juniorpartner in einer Großen Koalition - vielleicht noch unter dem abgestürzten Regierungschef Rüttgers - das wäre für die Sozialdemokraten ein sehr schmerzhafter Kompromiss. Vom gefühlten Wahlsieg wäre nicht mehr viel übrig, ein echter Politikwechsel bliebe wohl aus. Entsprechend formiert sich erster Widerstand aus der NRW-Landesgruppe im Bundestag. "Wir sollten auf keinen Fall eine Große Koalition bilden. Die Wahl eines CDU-Ministerpräsidenten sollten wir Sozialdemokraten uns ersparen", sagte Axel Schäfer, Chef der nordrhein-westfälischen Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, der "Welt".

Auch die Grünen öffnen sich für ein Linksbündnis. Man wolle sich erstmal in den Gremien am Montagabend besprechen, sagt zwar Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann in der Parteizentrale in Berlin. Aber dass Rot-Rot-Grün plötzlich eine ernsthafte Option geworden ist, das kann sie nicht verbergen. "Die Rolle der Vernunft" würde den Grünen in einer solchen Koalition wohl zukommen, sagt Löhrmann. Immer mehr NRW-Grüne sprechen sich mehr oder weniger deutlich für ein Linksbündnis aus, so wie der designierte Landeschef Sven Lehmann und der prominente Parteilinke Robert Zion. Auch die Landesvorsitzende Daniela Schneckenburger erklärte am Montag, das Ziel sei klar ein "Rot-Grün-Plus"-Bündnis.

Der Vorteil von Grünen-Spitzenfrau Löhrmann ist, dass sie sich im Wahlkampf nicht so klar von Rot-Rot-Grün distanziert hatte wie ihre SPD-Kollegin Kraft. Für die Sozialdemokratin wäre es deshalb deutlich schwieriger, nun einen solchen Schwenk zu vermitteln. Auch die Bundes-SPD hielt bisher wenig von einem Links-Bündnis, Parteichef Gabriel machte im Wahlkampf daraus keinen Hehl. Die aktuelle Lage könnte allerdings dazu führen, dass man auch in Berlin diese Position überdenkt. Dafür spricht, dass Gabriel immer wieder sagt: "Hannelore Kraft muss Ministerpräsidentin werden." Bei den Bundes-Grünen redet selbst ein

Unionsfreund wie Parteichef Cem Özdemir an diesem Montag nicht gegen ein Linksbündnis an. Noch am Wahlabend sagte er SPIEGEL ONLINE: "Unser Maßstab sind Inhalte", die Grünen seien "eine Wertepartei". Auch das spricht nicht gegen Rot-Rot-Grün.

Sondiert wird wohl in jedem Fall. Denn die Sozialdemokraten in NRW halten sich alles offen, allein schon, um Druck auf die CDU auszuüben und den Preis für eine mögliche Große Koalition hochzutreiben. Intern gilt bei den Genossen die Maßgabe, sämtliche Optionen daran zu messen, ob ein "wirklicher Politikwechsel" möglich und das Bündnis verlässlich sei. Ähnlich die Haltung bei den Grünen. Inhaltlich sind die Schnittmengen mit der Linkspartei groß. Aber bei der Verlässlichkeit könnte es hapern - das fürchten auch Befürworter eines Linksbündnisses. In der SPD hält man die NRW-Linken für weitgehend ferngesteuert. Als mögliche Bedingung für ein Linksbündnis wird deshalb diskutiert, den Berliner Einfluss auf die Arbeit der NRW-Linken so weit es geht zu beschränken.

Die Linke jedenfalls gibt sich am Montag gesprächsbereit: Man sei offen für einen Politikwechsel, heißt es in Berlin und Düsseldorf. Allerdings warnten sowohl das NRW-Spitzenduo Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann als auch die beiden scheidenden Bundesvorsitzenden Oskar Lafontaine und Lothar Bisky davor, die eigenen Inhalte zugunsten einer Regierungsbeteiligung preiszugeben.

Neben Rot-Rot-Grün ist die Große Koalition das wahrscheinlichste Bündnis für NRW. Aber auch eine Ampel ist weiterhin möglich. SPIEGEL ONLINE analysiert die Koalitionsoptionen.

Große Koalition

Eine **Große Koalition mit der SPD** ist die einzige Chance für die CDU, sich ein Stück von der Macht in NRW zu sichern. Am Tag nach dem Wahlkrimi spricht sich daher ein christdemokratischer Spitzenpolitiker nach dem anderen für diese Zweckehe aus - wobei der Hinweis auf die notwendige Stabilität einer Landesregierung selten fehlt. Der Ruf nach der ungeliebten schwarz-roten Koalition fällt der Union umso leichter, da man hauchdünn vor der SPD liegt und nun den Führungsanspruch in einer solchen Variante erheben kann. "Es ist in Deutschland immer so, dass die stärkste Partei den Ministerpräsidenten in einer Koalition stellt", sagt Karl-Josef Laumann, NRW-Sozialminister und zugleich Mitglied im Präsidium der CDU-Bundespartei.

In Berlin wäre man bei der Union einerseits froh, weiterhin an der Regierung in NRW beteiligt zu sein. Auf der anderen Seite wäre die Neuauflage von Schwarz-Rot im bevölkerungsreichsten Bundesland für Kanzlerin Angela Merkel alles andere als angenehm. Eine SPD mit neuem Selbstbewusstsein würde versuchen, über den Bundesrat mitzuregieren. Guido Westerwelles FDP sähe sich das bestimmt nicht in aller Seelenruhe mit an.

Doch besonders attraktiv wäre eine Große Koalition auch für die Sozialdemokraten nicht, eher ein schmerzhafter Kompromiss. Sie fühlen sich immer noch als Sieger und drängen auf einen Politikwechsel. Als Juniorpartner auf Landesebene ist man im Bund aber wenig sichtbar, zudem erinnern die Genossen in Berlin daran, dass durch ein entsprechendes Bündnis der historischen Niederlage bei der Bundestagswahl erst der Boden bereitet wurde. Und so formiert sich erster Widerstand.

Rüttgers wäre in einer Großen Koalition nicht zu halten

Spitzenfrau Kraft pokert und betont am Montag immer wieder, dass man "praktisch" gleichauf mit der CDU sei. Aus ihrer Sicht ist die Fraktionsstärke im Landtag entscheidend, der den Ministerpräsidenten wählt - und da haben beide Parteien gleich viele Sitze. Dass die CDU sich mit ihrem Mini-Vorsprung freiwillig einer Regierungschefin Kraft unterordnen würde, ist allerdings kaum vorstellbar. Genauso wenig, dass die SPD dem abgestraften Jürgen Rüttgers eine zweite Amtszeit ermöglicht. Rüttgers wäre wohl in einer Großen Koalition nicht zu halten, das dürfte man auch in der CDU-Zentrale ahnen - auch wenn der Landeschef sich derzeit zu seiner Zukunft noch bedeckt hält. Auch inhaltlich müsste die CDU den Genossen weit entgegenkommen, etwa in der Schulpolitik.

Sollte die CDU auf ihrem Führungsanspruch beharren, müsste sie der SPD wohl eine Alternative zu Rüttgers präsentieren. Ein Kandidat wäre der bisherige Integrationsminister Armin Laschet, der Rüttgers am Sonntagabend schon in der TV-Runde der Spitzenkandidaten vertrat. Auch die sogenannte israelische Lösung wird wieder einmal diskutiert: Danach würden sich die Regierungsparteien den Chefposten über den Zeitraum der Wahlperiode aufteilen, um dem knappen Ergebnis Rechnung zu tragen.

Ampel

Die **Ampel aus SPD, FDP und Grünen** wäre eine weitere Variante, die Kraft das Amt der Ministerpräsidentin sichern würde - und die Grünen könnten mitregieren. Klar, dass sich Sozialdemokraten und Grüne seit dem späten Sonntagabend für ein solches Bündnis stark machen. Auch für die Liberalen hätte ein solches Bündnis Charme. Sie blieben in der Regierung und könnten sich strategisch breiter aufstellen.

Doch die FDP sperrt sich. "Wir haben vor der Wahl gesagt, dass wir nicht bereit sind mit Parteien zu koalieren, die sich eine Option auf die Linken offenhalten", sagte Landeschef Andreas Pinkwart. Ein Ausschluss - so zumindest die allgemeine Interpretation.

Nur wenige NRW-Liberale wie der frühere FDP-Bundesinnenminister Gerhart Baum drängen zum Umdenken. Baum sagte SPIEGEL ONLINE, die FDP dürfe sich "Verhandlungen über eine Ampel nicht entziehen". Diese Alternative sei auch aus Sicht der Liberalen besser als eine Große oder eine Links-Koalition. Kraft und Löhrmann fordern, Pinkwart solle seine "Ausschließeritis" nochmals überdenken.

Auch SPD-Chef Gabriel appellierte an die Liberalen, sich Gesprächen über eine Regierungsbildung an Rhein und Ruhr nicht zu verschließen. Möglicherweise ist das demonstrative Buhlen um die FDP aber auch nur Taktik von SPD und Grünen, um danach leichter ein anderes Bündnis zu rechtfertigen. Nach dem Motto: "Die FDP wollte ja nicht'.

Jamaika

Rechnerisch ist eine **schwarz-gelb-grüne Koalition** möglich. An der CDU würde eine solche Variante womöglich auch nicht scheitern, doch die potentiellen kleinen Partner haben ein Jamaika-Bündnis ausgeschlossen. "Wir sind nicht bereit, Mehrheitsbeschaffer zu sein für Schwarz-Gelb", stellte Grünen-Bundeschefin Claudia Roth am Montag erneut klar.

Rüttgers macht es wie Koch

Hessische Verhältnisse - Neuwahlen in NRW: Auch dort lag im Januar 2008 am Ende eines Wahlkrimis die CDU ein Zehntelprozentpünktchen vor der SPD, die sich schon als Sieger gefühlt hatte. Das Ergebnis ist bekannt: Das rot-rot-grüne Experiment von Andrea Ypsilanti scheiterte, Roland Koch, bei der Wahl massiv abgestraft, blieb geschäftsführend im Amt, nach einem Jahr wurde erneut gewählt. Seitdem führt Koch in Wiesbaden eine schwarz-gelbe Regierung.

Könnte Jürgen Rüttgers es Koch gleichtun? Theoretisch, ja. Die konstituierende Sitzung des Landtags in Düsseldorf ist für den 9. Juni geplant, die Wahl des Ministerpräsidenten eigentlich für den 23. Juni. Sollte bis dahin aber keine Koalition stehen, könnte die Rüttgers-Regierung geschäftsführend im Amt bleiben - und zwar über Monate.

Praktisch stößt ein solches Modell aber wohl an seine Grenzen: Ohne Mehrheit kann Rüttgers keinen Haushaltsplan durchs Parlament bringen - und der steht Ende dieses oder Anfang kommenden Jahres an. Sehr wohl könnte Rüttgers aber während einer Hängepartie bei den Koalitionsverhandlungen im Bundesrat Gesetzesvorschlägen der schwarz-gelben Bundesregierung zustimmen.

Stellen sich Rüttgers oder Kraft im Landtag zur Wahl, müssen sie in geheimer Abstimmung eine absolute Mehrheit erreichen. Sie brauchen also mindestens 91 Stimmen in dem 181 Abgeordneten umfassenden Parlament. Sollte ein Kandidat die absolute Mehrheit verfehlen, findet innerhalb von 14 Tagen ein zweiter oder gegebenenfalls ein dritter Wahlgang statt. Am Ende würde auch eine einfache Mehrheit reichen. Der Düsseldorfer Landtag könnte sich mit der absoluten Mehrheit von 91 Stimmen auch selbst auflösen. Danach müsste es binnen 60 Tagen Neuwahlen geben. Wie in Hessen.

Mitarbeit: Jörg Diehl und Michael Kieffer

URL:

http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,693979,00.html

FORUM:

Wahl in NRW - welche Optionen gibt es?
http://forum.spiegel.de/showthread.php?t=15557&goto=newpost

MEHR AUF SPIEGEL ONLINE:

Reaktion auf NRW-Wahl: Merkel streicht Steuersenkungen bis 2012 (10.05.2010)
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,693977,00.html
NRW nach der Wahl: Was, wenn die Linken Schule machen? (10.05.2010)
http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,694027,00.html
Wahlanalyse: Rot-Rot-Grün - warum eigentlich nicht? (10.05.2010)
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,693925,00.html
Wahl in NRW: Gabriel feiert die Trendwende (10.05.2010)
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,694003,00.html
Fotostrecke: Machtpoker an Rhein und Ruhr
http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-54704.html
Wahl in NRW: Rot-grüner Traum zerplatzt im Fotofinish (10.05.2010)
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,693900,00.html
Fotostrecke: Schwarz-Gelb ist abgewählt
http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-54692.html
Zitate zur NRW-Wahl: "Die SPD ist wieder da"
http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-54697.html
Themenseite: Alles zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
http://www.spiegel.de/thema/landtagswahl_nrw_2010/
Rüttgers' Debakel: Absturz des Möchtegern-Arbeiterführers (09.05.2010)
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,693889,00.html
Vorläufiges Endergebnis: Patt an Rhein und Ruhr (10.05.2010)
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,693897,00.html
Themenseite Hannelore Kraft: "Wir wollen regieren"
http://www.spiegel.de/thema/hannelore_kraft/

© SPIEGEL ONLINE 2010
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH

der Freitag

Politik

| 19.11.2010 12:00 | Ulrike Winkelmann

Grüne Angstlust

Der Parteitag in Freiburg wird zum Einschnitt: Plötzlich fragen sich auch die Grünen, ob ihre Pläne umsetzbar sind. Ausgerechnet der linke Flügel mahnt zu Realismus

Seit Wochen schon raunen Grünen-Spitzenkräfte sich und den umgebenden Pressevertretern zu, dass die neue, in Umfragen gemessene grüne Wichtigkeit große Gefahren mit sich bringt. Wer 20 statt zehn Prozent Wählerstimmen auf die politische Waage bringt, werde entsprechend stärker bekämpft. Man müsse sich rüsten. Auf das Schlimmste gefasst sein. Mit Medieneffekten rechnen: Die Zeitungen schrieben Menschen wie Phänomene hoch, um sie alsbald umso genüsslicher herunterzuschreiben.

Die Attacken ließen in der Tat nicht lange auf sich warten. Die *Financial Times Deutschland* titelte kürzlich: „Höchste Zeit zu hinterfragen, was diese Partei so alles plant“, und schrieb: Ein Komplettumstieg auf Ökostrom bis 2030 „ist ein Wahnsinn“. Die Energiewende werde Bürgerfreiheiten abschaffen: „Eine Ölheizungssteuer würde nicht mehr reichen, die Dinger sollen weg.“ Wenige Tage später griff die Berliner Boulevard-Zeitung *BZ* eine der wenigen konkreten Ankündigungen der frisch erkorenen grünen Kandidatin fürs Bürgermeisteramt Renate Künast auf. Tempo 30 innerorts? „Die Grünen: Anti-Auto-Diktatur?“

Dass Wirtschafts- und Boulevard-Presse beginnen, Grünen-Pläne ernst zu nehmen, löst bei den Gemeinten einen „Ich-habs-euch-ja-gesagt!“-Effekt voller Angstlust aus. Viele der Delegierten, die Ende dieser Woche zum Parteitag nach Freiburg reisen, haben die Erinnerung an jenen Parteitag im Gepäck, als die Grünen 1998 in Magdeburg für eine Anhebung des Spritpreises auf fünf Mark stimmten und sich auf der Zielgerade zum rot-grünen Wahlsieg noch einmal alle öffentlichen Kräfte gegen sie verbündeten.

Sozialpolitik zweitrangig

Dieser Parteitag in Freiburg wird für die Grünen voraussichtlich zum Scheitelpunkt ihrer Oppositionsexistenz. Eigentlich steht nichts sonderlich Spannendes auf der Tagesordnung. Die eine oder andere Kandidatur für Bundesvorstand und Parteirat wird dazu taugen, die Sortierung der beiden Flügel zu überprüfen: Gelingt es den Linken erneut, den Realos eine lange Nase zu drehen? Inhaltliche Weichenstellungen stehen nicht bevor.

Doch ab jetzt kommt der *stress test* für das Erreichte. Die Rede von einer neuen Verantwortung wird den Parteitag bestimmen und eine kleine Ära beenden, in der die Partei ihr Programm nach links gebürstet hat. Das neue grüne Gewicht zerrt ab sofort wie Blei an den Konzepten für Green New Deal, Energiewende, Kindergrundsicherung, Bürgerversicherung und Hartz-IV-Aufstockung. Es wird sich zeigen, wo das Gewebe als erstes reißt: bei den Kosten für die Sozialreformen? Bei den Fristen für die Energiewende?

Fraktionschef Jürgen Trittin kündigte vergangene Woche im *Freitag* erstmals „schmerzhafte Prioritätenentscheidungen“ für den Fall einer Regierungsbeteiligung ab 2013 an. Diese Bewegung vom Wortführer des linken Flügels kommentiert die Reala Krista Sager süffisant: „Trittin fängt an zu artikulieren, was von vielen schon seit Jahren angemahnt wird.“ Es werde Zeit, „die eigenen Vorstellungen von Haushalt an das anzupassen, was man selbst für Realität hält.“

Egal wie diese Anpassung bis zum Wahltag 2013 ausfällt, sie könnte das Polster an Glaubwürdigkeit, das die Grünen sich seit 2005 geschaffen haben, spalten wie ein Axthieb. Groß genug ist der Anteil der potenziellen und tatsächlichen Wähler, die sich aus Enttäuschung über die Sozialpolitik unter Kanzler Gerhard Schröder von der SPD abgewandt haben. Von den Grünen denken sie nun eher als von der SPD, dass es mit ihnen kein zweites Hartz IV geben wird. Das könnte auch damit zu tun haben, dass die Grünen sich früh zur Forderung nach 420 Euro Arbeitslosengeld II (aktuell: 359 Euro) durchgerungen haben, während die SPD eine derart konkrete Festlegung seit Jahren zu vermeiden sucht, um keine Hoffnungen zu wecken.

Auf dem Parteitag in Freiburg wollen die Grünen außerdem dem Konzept einer Bürgerversicherung in der Gesundheit Kontur – und damit Zahlen verleihen: Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf 5.500 oder 4.200 Euro mag den meisten gesetzlich Versicherten gegenwärtig gänzlich egal sein. Doch wer solche Summen benennt, macht sich für den politischen Gegner und die Lobbys ebenso angreifbar, wie er Raum für Enttäuschungspotenzial schafft. Was im Moment oft wie ein Spezialistenthema aussieht, entpuppt sich oft genug als Bombe mit Spätzünder.

Schwer zu messen, aber aus Sicht auch vieler linker Grüner mindestens ebenso groß wie der Anteil sozialpolitisch Enttäuschbarer ist der Anteil jener neuen Anhänger, die Sozialpolitik zwar wichtig, im Zweifel aber zweitrangig finden – hinter den Weltrettungsfragen von Energie, Klima, Umwelt. In diesem Markenkern der Grünen verbirgt sich allerdings gleich ein doppeltes Vermittlungsproblem: Soziapolitische Einschränkungen erweisen sich am Ende doch stets als verkäuflich. In der Klimapolitik dagegen wollen die Grünen einerseits die um Auto und Standort besorgten Interessengruppen auf Abstand halten, und gleichzeitig den Wunsch nach Radikalität sowohl in eigenen Reihen als auch in der Umweltbewegung befriedigen.

Kein kontroverses Wort

Künasts Tempo-30-Zone stellt in der Tradition des Fünf-Mark-Beschlusses deshalb ein viel größeres Risiko dar als etwa Hartz IV-Sätze. Sie wird derartige Tretminen fortan zu umgehen suchen, schließlich tritt sie in Berlin nicht umsonst unter dem Motto „für alle“ an. Schon im Sinne ihres Wahlkampfes und der anderen Landtagswahlen 2011 hat auch das Realo-Führungspersonal kein Interesse, finanzielle Grenzen oder andere Dilemmata auszubuchstabieren. Von Parteichef Cem Özdemir wurde seit Monaten kein kontroverses Wort mehr vernommen: Niemand soll vor den Kopf gestoßen, aus allen anderen Wählerreservoirs ein Maximum an Zuspruch abgeschöpft werden.

Mit dieser politischen Benutzeroberfläche können Grüne wie Hermann Ott, der 2009 vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in den Bundestag wechselte, gut leben. Die von vielen als Widerspruch empfundene Kombination aus weißen Hemden unterm teuren Anzug einerseits und Castor-Demonstrationen samt weitreichenden energiepolitischen Plänen andererseits nennt er „kognitive Dissonanz“, sie macht ihm Spaß.

Bei Ott klingt es, als sei der satte, glatte, bürgerliche Habitus der Grünen nur eine Tarnung, um Mehrheiten für eine unabwendbare, zumutungsreiche Politik im Zeichen des Klimawandels zu gewinnen. Andere warnen eher davor, den Gegensatz zwischen satter, glatter Bürgerlichkeit und radikalen Forderungen weiter zuzuspitzen – so würde bloß der neuerliche Verrat am Programm vorbereitet. „Die Fallhöhe darf nicht wieder so groß werden wie nach 1998“, formuliert der linksgrüne Gelsenkirchener Robert Zion. Die Linken sind die neuen Realos.

der Freitag Artikel-URL: http://www.freitag.de/politik/1046-gr-ne-angstlust

---

Copyright © **der Freitag** Mediengesellschaft mbh & Co. KG